

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...

Band 12

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Band 12/120

Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 3

Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration

Herbert Ludwig berichtete am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: "*Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht.*"

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamophobie oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. "*So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaubwürdigen Parole.*"

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Ver-

se appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Dihad im Islam."

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neues, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Botschaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspirierte hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampf-gemeinschaft, eine Symbiose eines sozioreligiösen und politischen Systems. Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu er-*

obern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."

"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."

"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den soge-

nannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben" und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren.

In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7. - 8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).

Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."

Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."

"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren

und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer. Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."

Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1.800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsa-

me Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden." Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran." (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht.

Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. August 2015

(x887/...): >>>Blutiger Wahnsinn

Einwanderungsgesetz: Was die Protagonisten in Wahrheit anstreben

Nun unterstützt auch CDU-Chefin Merkel ein Gesetz zur Einwanderung. Was damit bezweckt wird, führt geradewegs ins Chaos. ...

Vordergründig geht es um die Bündelung der bislang in zahllosen Gesetzen und Verordnungen zersplitterten Zuwanderungsregelungen, die es Ausländern ermöglichen, sich dauerhaft in Deutschland niederzulassen. In der Tat hat sich hier ein gesetzlicher Dschungel ausgebreitet, der nicht selten zu Ergebnissen führt, die dem gesunden Menschenverstand widersprechen. Warum sollte hier nicht endlich Klarheit geschaffen werden?

Doch die Kritiker in der Union sind nicht etwa gegen Klarheit, sie ahnen vielmehr, daß es in Wahrheit um etwas anderes geht. Protagonisten von SPD, Grünen und Linkspartei sagen offen, was sie wirklich anstreben: Auf keinen Fall solle so ein Gesetz das bisherige Ausmaß von Zuwanderung begrenzen. Das Wichtigste sei, daß es nicht weniger, sondern mehr Einwande-

rung gebe, schallt es aus den Reihen von Sozialdemokraten, Grünen und Linkspartei. ...
Strenge Auswahlkriterien, die nur solche Ausländer ins Land lassen, die Deutschland benötigt, die integrationswillig und -fähig sind, werden gerade von den Befürwortern eines Einwanderungsgesetzes verbissen bekämpft. Also dürfte ein Gesetz entstehen, das die deutschen Belange ganz hinten anstellt.

Dies in einem Land, in dem die Integration vieler schon hier lebender Einwanderer krachend gescheitert ist. Dieser Tage erst tauchte ein internes Polizei-Papier aus Nordrhein-Westfalen auf, das Dramatisches enthüllt:

In etlichen Städten habe die Polizei die Kontrolle über ganze Straßenzüge an arabische, türkische, rumänische und bulgarische Clans verloren. Sie herrschen jetzt dort, Anwohner und Geschäftsleute werden eingeschüchtert, schweigen aus Angst.

Dies ist nur eine Meldung von Tausenden, die zeigen: Wenn Einwanderung nicht endlich klar gesteuert und begrenzt wird, droht ein blutiges Desaster. Die Antwort der Politikermehrheit darauf aber lautet: "Mehr Einwanderung!" Das Resultat einer solchen Politik heißt Bürgerkrieg.<<

Der deutsche Autor Thilo Sarrazin, Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat, berichtete am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte. ...

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert. ...

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen

nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn. ...

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen. ...

Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar. Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen

schen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen.

Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt - ähnlich, wie das Ost-römische Reich im Osmanischen Reich unterging -.

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe - genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber - Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demographischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch ProbleMLEUGNUNG will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<

Der US-amerikanische Investor George Soros berichtete am 2. Oktober 2015 in der Tageszeitung "Die Welt": >>**Plan für Europas Flüchtlingskrise**

Der Exodus aus Syrien hätte nie in eine Krise münden müssen. Jetzt muß Europa mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren. Sie muß die Panik und das unnötige menschliche Leiden beenden. ...

Die EU muß jährlich eine Million Flüchtlinge aufnehmen

Angesichts dessen, daß der Ursprung der aktuellen Krise in Syrien liegt, muß das Schicksal der syrischen Bevölkerung erste Priorität haben. Aber auch andere Asylbewerber und Migranten dürfen nicht vergessen werden.

Dementsprechend muß ein europäischer Plan von weltweiten Maßnahmen begleitet werden, die unter der Leitung der Vereinten Nationen stehen und deren Mitgliedsstaaten mit einbeziehen.

Dadurch werden die Lasten der syrischen Krise auf eine größere Anzahl von Staaten verteilt und gleichzeitig weltweite Standards für den Umgang mit dem Problem der erzwungenen Migration eingeführt.

Erstens muß die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. Und um dies tun zu können, muß die Last fair verteilt werden.

Die EU zahlt 15.000 Euro für jeden Flüchtling

Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muß während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. ...

Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben. Die Flüchtlinge dort anzusiedeln, wo sie sein möchten und wo sie erwünscht sind, ist eine unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg. ...

Orbáns Plan droht die EU zu teilen und zu zerstören

Und um schließlich über eine Million Asylsuchende und Migranten jährlich aufnehmen zu können, muß die EU den privaten Sektor - NGOs, Kirchengruppen und Unternehmen - dazu mobilisieren, als Sponsoren aufzutreten. Dazu ist nicht nur eine ausreichende Finanzierung erforderlich, sondern auch die menschlichen und computertechnischen Mittel, um zwischen Migranten und Sponsoren zu vermitteln. ...

Auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat jetzt einen Sechspunkteplan zur Krisenbewältigung aufgestellt. Aber sein Plan, der die Menschenrechte der Asylsuchenden und Migranten auf Kosten der Sicherheit der Grenzen mißachtet, droht die EU zu teilen und zu zerstören, indem er ihre grundlegenden Werte leugnet und die Gesetze verletzt, mit denen diese geschützt werden sollen.

Die EU muß darauf mit einer echten europäischen Asylpolitik reagieren, die geeignet ist, die Panik und das unnötige menschliche Leiden zu beenden. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 8. Oktober 2015 (x892/...): >>Die Völkerwanderung

Unter dem Titel "Die Völkerwanderung" hat der Regens des Priesterseminars Herz-Jesu und geistliche Beirat des Civitas Instituts, Pater Franz Schmidberger, eine Analyse der derzeitigen Masseneinwanderung nach Europa und Deutschland veröffentlicht. Die Analyse nimmt besonders die religiöse Dimension in den Blick, denn die nahezu eine Millionen Einwanderer aus dem Nahen Osten sind in der Mehrzahl Moslems. Pater Schmidberger stellt die Frage: "Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall?"

DIE VÖLKERWANDERUNG

Ist die gegenwärtige Masseninvasion Mitteleuropas ein Zufall? Wir glauben es nicht. Sie hat vielmehr ihre mehr oder minder offenkundigen Gründe. Zählen wir einige davon auf.

1. Der westliche Liberalismus hat in Europa ein geistiges Vakuum geschaffen. Ein Vakuum bleibt aber nie als solches bestehen, es zieht außerhalb Liegendes an. So zieht der religiöse und moralische Verfall jene Völker an, die, wenn auch einem falschen und gefährlichen Glauben verpflichtet, diesen doch bis in die letzte Konsequenz leben, wie dies eben beim Islam der Fall ist.

2. An der Mittelmeerküste zwischen Genua und Nizza liegt die Geburtsrate pro Frau bei 0,6 Kindern, im gegenüberliegenden Marokko und Algerien bei 6 Kindern. In den Ländern Mitteleuropas insgesamt ist es nicht viel besser, so in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien. Dabei sind in den entsprechenden statistischen Erhebungen die kinderreichen Einwandererfamilien aus Algerien in Frankreich und aus der Türkei in Deutschland schon mit eingerechnet.

3. Es gibt Kräfte, die an einer systematischen Zerstörung der letzten Reste des christlichen Erbes in Europa arbeiten. Was ist leichter, als durch einen solchen Zustrom von vor allem jungen islamischen Männern das Christentum auszuhebeln?

Hier und dort hört man, daß das Geld für die Schleuser aus den USA fließt und die französischen Behörden in den Ländern Nordafrikas die Massenflucht mit organisieren. Saudi-Arabien bietet der Bundesrepublik Deutschland wohl keine Flüchtlingshilfe an, wohl aber den Bau von 250 Moscheen. Menschen, die inmitten dieses Chaos zu Besonnenheit aufrufen, wie der ungarische Präsident Orbán, werden als Rechtsradikale verschrien. ...

4. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es diese nämlichen antichristlichen Kräfte sind, die Bürgerkriege im Irak und in Syrien entfesselt haben, welche jetzt einen Teil der heutigen Asylananten in die Flucht getrieben haben. Wer hat vor einigen Jahren den sogenannten "arabischen Frühling" inszeniert? Wer hat den Irak unter Saddam Hussein mit dem Vorwand angegriffen, er besitze Massenvernichtungsmittel, was sich in der Folge als falsch, als Lüge entpuppt hat? Als dieser Tage Rußland in der UNO die Resolution einbrachte, die IS als

terroristische Gruppe einzustufen, scheiterte der Antrag am Widerstand der USA Obamas. Werfen wir noch kurz einen Blick auf die Folgen dieser Masseninvasion. Kurzfristig stehen die Asylanten, meist junge Männer, da ohne Arbeit, ohne Kenntnis unserer Sprache, ohne das geringste Interesse an einer Integration. Schwere soziale Unruhen kann man für die nahe Zukunft sich an der Hand abzählen. Längerfristig gesehen werden die angestammten Europäer sich in ein neues Europa mit der Scharia integrieren müssen.

Frau Aydan Özoguz, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit Dezember 2011 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, seit Dezember 2014 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, sagt unverblümt, daß die Europäer sich in Zukunft täglich ihre Rechte erstreiten müssen. ...<<

Der pensionierte evangelische Berufsschulpastor Eberhardt Kleina kritisierte am 20. Oktober 2015 in einem Offenen Brief die Flüchtlingspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (x881/...): >>Flüchtlingsströme nach Europa: Eine getarnte Masseneinwanderung?

Gegenwärtige Lage, Ursachen und Hintergründe

Der Ansturm ist gewaltig. Woche für Woche kommen mehrere zehntausend Menschen in Deutschland an, vornehmlich im Münchener Hauptbahnhof. Abends sieht man in den Fernsehnachrichten Menschenmassen, die mit dem Zug aus Österreich kommen, jubelnd begrüßt von einigen hundert Einheimischen:

... Flüchtlinge willkommen, steht auf buntbemalten Schildern und Spruchbändern. ... "Germany! Germany!", ruft man begeistert in die Fernsehkameras oder auf arabisch "Almaniya!" Mindestens zwei Drittel aller Ankommenden sind Muslime.

Die Menschen kommen aus Ländern, die seit Jahrzehnten eine Bevölkerungsexplosion erleben. Allein Afrika hat momentan 1,4 Milliarden Einwohner, 2030 rechnet man mit 2,4 und 2050 mit unvorstellbaren 4,4 Milliarden Menschen, so der Afrika-Experte Volker Seitz in der Wochenzeitung Junge Freiheit vom 11.9.2015. Die Massen strömen in das alternde Europa mit seinem Bevölkerungsrückgang. ...

In Ungarn hatte die Regierung sie vorübergehend an der Weiterreise gehindert, bis die deutsche Bundeskanzlerin am 5.9.2015 zugesagt hatte, alle einreisen zu lassen, aus humanitären Gründen, wie sie betonte. "Wir schaffen das", so Frau Merkel, eine Obergrenze für Flüchtlinge gebe es nicht. Ungarn ist derzeit das einzige Land, das die EU-Vorschriften bezüglich Einreise und Asyl ernst nimmt, wird dafür aber von anderen EU-Staaten und der Brüsseler EU-Zentrale kritisiert.

Die deutsche Einreisegenehmigung sprach sich in Windeseile herum. So berichtete am 11.9.2015 das ZDF aus dem Nordirak: "Seit die arabischen Nachrichtensender von deutscher Willkommenskultur berichten, werden die Erwartungen an Deutschland grenzenlos." Schilder tauchten auf: "Danke, Frau Merkel."

In arabischen Ländern genießt die deutsche Regierungschefin derzeit die größte Verehrung. Weitere Menschen werden hereinströmen. Der Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht das nicht als ein Problem, hält 500.000 Einwanderer pro Jahr über einige Jahre hinweg für verkraftbar.

Man fragt sich, ob diese Entscheidungsträger eigentlich an ihren Amtseid gedacht haben, ihre Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Die Situation ist momentan außer Kontrolle, die Behörden wissen oftmals nicht, wer da einreist. Schwierig ist es für die normalen Bürger, einen Durchblick zu bekommen, ein Gefühl der Angst, Ohnmacht und auch Wut macht sich breit angesichts der hereindrängenden Menschenmassen. ...

Immer öfter wird ... die Vermutung angestellt, es könnte eine gewollte Maßnahme sein, daß so viele Menschen einreisen. ...

Die Menschen aus dem Nahen Osten und Afrika kommen sehr oft aus Ländern, wo in der Vergangenheit die USA und mit ihnen eine Koalition der Willigen kriegerisch eingegriffen, Regime gestürzt und große Zerstörungen angerichtet haben.

Die Initialzündung war der Terrorangriff tiefgläubiger Muslime auf die Türme des World Trade Centers in New York am 11. September 2001. Die USA intervenierten daraufhin militärisch in Afghanistan, 2003 im Irak und 2011 in Libyen. Oder sie agierten mehr im Hintergrund wie im sog. Arabischen Frühling oder in Syrien, wo man regimefeindliche Gruppen mit Waffen versorgte, um das von Amerika abgelehnte Assad-Regime zu stürzen. Die Folge war und ist ein grausamer syrischer Bürgerkrieg.

Nach Meinung vieler Beobachter sind die USA damit der Auslöser der gegenwärtigen Wanderungswelle. Man wollte Demokratie und Freiheit bringen und beseitigte deswegen die arabischen Diktaturen. Aber erst dadurch brach das Chaos aus. Der libysche Diktator Gaddafi hatte gewarnt, daß sich nach seinem Sturz Millionen Menschen aus Afrika nach Europa aufmachen würden, die bis dahin mit Zwangsmaßnahmen zurückgehalten worden waren. Nun ist es geschehen, die Wanderung ist in Gang gekommen und übt eine Sogwirkung aus auch auf Länder, wo die USA nicht direkt eingegriffen haben.

Es ist eine Völkerwanderung, die die Völkerwanderung der Antike schon jetzt übertrifft, welche die damalige Welt umgepflügt und das Weströmische Reich zum Einsturz gebracht hat. Sie ist vergleichbar mit der Völkerwanderung weißer Europäer nach Amerika im 18./19. Jahrhundert, wo als Ergebnis die Ureinwohner heute nur noch in Reservaten leben. Die gegenwärtigen Wandermassen werden das Gesicht Europas und insbesondere Deutschlands auf das nachhaltigste verändern. In wenigen Jahren werden wir unser vertrautes Land kaum mehr wiedererkennen.

War die gegenwärtige Völkerwanderung beabsichtigt oder nicht? Für Normalbürger schwer zu durchschauen. Wenn nicht, dann war es eine beispiellose Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, in den genannten Ländern militärisch einzugreifen. Wenn ja, aber mit welchem Ziel? Will man Europa, insbesondere Deutschland, destabilisieren, das trotz der desaströsen Euro-Rettungsmaßnahmen immer noch wirtschaftlich zu stark ist?

Tatsache ist: Die Wanderströme gehen nicht nach Amerika, nicht nach Asien, nicht nach Australien, sie gehen allein nach Europa, West- und Mitteleuropa, vornehmlich nach Deutschland. Welche politischen Kräfte spielen hier eine verdeckte Rolle? ...

Mit offenen Karten spielt hingegen der sog. "Islamische Staat". Diese brutale Terror-Organisation, die am 29.6.2014 ein Kalifat unter dem selbsternannten Kalif Al-Bagdadi ausrief, hat gedroht, 500.000 Menschen nach Europa zu schicken, um Chaos zu stiften. Die Zeitung Sunday Express berichtete am 7.9.2015, daß bereits etwa 4.000 IS-Kämpfer als Flüchtlinge getarnt in Europa angekommen seien. Die ersten IS-Terroristen wurden schon in Bulgarien verhaftet.

Nicht nur Chaos in Europa ist das Ziel des IS, man will auch den Nahen Osten und Nordafrika von Ungläubigen säubern, worunter man vornehmlich Christen und Juden versteht, aber auch Moslems, die nicht gläubig genug sind. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an einen Geheimbeschluß der "Panislamischen Konferenz" aus dem Jahre 1980 im pakistanischen Lahore: "Das ganze Gebiet des Nahen Ostens ist bis zum Jahre 2000 völlig zu islamisieren, und zwar im Mittleren Osten dergestalt, daß alle Lebenden, die nicht Muslime sind, die koptischen Christen in Ägypten, die Christen im Irak, Iran, in der Türkei, im Libanon, Syrien ... und insbesondere die Israelis völlig ausgelöscht werden müssen."

Genau das versucht man heute, nur um 15 Jahre verspätet. Die "Panislamische Konferenz" umfaßte damals 42 Länder, der Beschluß wurde unter dem Vorsitz der Türkei gefaßt. Was damals noch geheim geschah, propagiert der IS heute öffentlich, ganz auf der Linie des Koran, um den Islam "über jede andere Religion siegreich zu machen." - Sure 61, Vers 9 -

Auf das Bestreben, insbesondere Europa dem Islam zu unterwerfen, wies auch der Islamwissenschaftler Bassam Tibi bereits im Jahre 1996 hin in seinem Buch "Der wahre Imam", demzufolge die islamische Welt-Liga sowie der Welt-Moschee-Rat im Juli 1993 in Kairo ein Arbeitspapier verabschiedet haben, wonach die Einwanderung nach Europa und der Aufbau islamischer Zentren als Mittel der Islamisierung Europas gesehen werden. Ernst genommen haben das nur wenige, leider.

Seit seiner Entstehung ist der Islam eine Eroberungs- und Unterwerfungsideologie, getarnt als Religion, er will die Weltherrschaft - siehe Sure 61, Vers 9 -. Nach einem Buhari-Hadith lautet ein Ausspruch Mohammeds: "Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht." Die Gelegenheit jetzt scheint günstig, den Nahen Osten jüden- und christenfrei zu machen und Europa zu erobern. Danach sieht man weiter.

Auch der türkische Staatspräsident Erdogan verbirgt seine Meinung nicht. Für ihn sind die Menschenmassen eine Art politisch-religiöse Waffe. In Reden stellt er sich als Beschützer der muslimischen Flüchtlinge dar, die Türkei sei Schutzraum für alle Rechtgläubigen, das gebiete der Koran. Ein hochrangiger Nato-Vertreter aus Brüssel kommentiert, Erdogan spiele mit der Migrationswaffe und befördere die gezielte Massenflucht von Muslimen nach Europa, das passe in sein missionarisches Weltbild, wonach jeder Muslim in Europa die islamische Sache stärke.

Dem tiefgläubigen Moslem Erdogan dürfte sehr wohl bekannt sein, daß schon am Anfang des Islam die Masseneinwanderung bzw. der Einwanderungs-Dschihad ein probates Eroberungsmittel war, das als erster Mohammed erfolgreich im Jahre 622 nach Christus anwendete. Nach seiner Flucht aus Mekka fiel die Stadt Medina durch die Einwanderung seiner Anhänger kampflos in seine Hand. Daß die Massenimmigration von Muslimen in der Tat eine Islamisierung bewirkt, bestätigt indirekt der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek: "Die Zahl der Muslime in Deutschland wird signifikant wachsen. Schon jetzt haben wir Moscheegemeinden, die sich wegen der Flüchtlinge innerhalb eines Monats verdoppelt haben."

Herr Mazyek freut sich über bis jetzt schon 600.000 weitere Muslime. Wenn der Zustrom weiter anhält werden in absehbarer Zukunft nicht nur die bisherigen vier Millionen Muslime hier wohnen, sondern sechs, sieben oder noch mehr, bedingt auch durch ihre hohe Geburtenzahl. Langsam, aber sicher wird dann eine kritische Grenze überschritten, die das soziale Gefüge hier völlig umkrempelt. Man wird mehr Mitsprache, Macht und Einfluß einfordern.

Schon im Jahre 1996 schrieb El-Zayat, Generalsekretär des Dachverbandes "Islamisches Konzil": "Ich glaube nicht, daß es unmöglich ist, daß der Bundeskanzler im Jahre 2020 ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Muslim ist, daß wir im Bundesverfassungsgericht einen muslimischen Richter oder eine muslimische Richterin haben. ... Dieses Land ist unser Land und es ist unsere Pflicht, es positiv zu verändern. Mit der Hilfe Allahs werden wir es zu unserem Paradies auf der Erde machen und der islamischen Ummah bzw. Weltgemeinschaft und der Menschheit insgesamt zur Verfügung stellen."

Die Islamisierung Deutschlands ist in vollem Gange.

Jeder Moslem ist aufgefordert, die Herrschaft Allahs auszudehnen. Diese Anstrengung für die Sache Allahs, Dschihad genannt, kann mit kriegerischen Mitteln durchgeführt werden, wie es Mohammed in rund 60 Kriegen machte und der IS heute durch beispiellos grausamen Terror, oder mit unkriegerischen Mitteln, eben durch Einwanderung. ...

Wer könnte sonst noch ein Interesse haben, möglichst viele Fremde, besonders Muslime, hier aufzunehmen? Bei einem Blick ins linke politische Spektrum wird man schnell fündig. Hier träumt man seit langem von einem bunten, multikulturellen und multireligiösen Deutschland. Deutschland soll entnationalisiert und internationalisiert werden.

Vorreiter sind Grüne und Linke, aber auch die SPD und selbst CDU und FDP als einstmals

bürgerliche Parteien scheinen irgendwie offen für diesen Trend zu sein. Schnell erklären sich so die euphorischen Willkommensgrüße, wenn Züge aus Österreich eintreffen, so erklärt sich auch die Meinung eines Herrn Gabriel bezüglich der Zuwanderung, so erklärt sich, wenn der frühere Bundespräsident Wulff und Frau Merkel betonen, der Islam gehöre zu Deutschland. So erklären sich auch die folgenden Stellungnahmen grüner Politiker:

"Deutschland muß von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden." Joschka Fischer, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger Außenminister.

"Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig." Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen, ehemaliger niedersächsischer Landesminister, danach Bundesminister.

"Deutsche sind Nicht-Migranten, mehr nicht." Claudia Roth, Bündnis 90/Die Grünen, amtierende Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

"Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali." Cem Özdemir, Parteichef Bündnis 90/Die Grünen.

"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt." Sieglinde Frieß, Grüne und Verdi-Funktionärin.

"Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern." Daniel Cohn-Bendit, Bündnis 90/Die Grünen, Abgeordneter des Europa-Parlaments.

So ist es nicht verwunderlich, daß man von linken Demonstranten auf der Straße Sprechchöre hört wie: "Deutschland verrecke!"

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß alle Grünen solche extremen Meinungen vertreten, aber es ist bezeichnend, daß man diese Stellungnahmen einfach stehen läßt und nicht vehement kritisiert.

Den Grund für diese Ablehnung, ja manchmal schon Deutschenhaß, muß man wohl in der Hitlerzeit suchen. In linken Kreisen wird Deutschland als Aggressor und als böse schlechthin angesehen, der immenses Unheil über die Welt gebracht hat. Deutschland in seiner bisherigen Form muß völlig umgebaut, soll bunt werden, damit es nie wieder Unheil anrichten kann. Welch eine verquere Weltsicht.

Das Unheil in bezug auf den 2. Weltkrieg soll nicht in Frage gestellt werden - die Verbrechen anderer Staaten seien hier nicht thematisiert - aber die linken Meinungsführer begreifen offensichtlich nicht, daß Jesus am Kreuz von Golgatha alle Schuld der Welt auf sich genommen hat und nach Buße und Umkehr Vergebung gewährt.

Auch ein Volk kann sich ändern, und Deutschland hat sich geändert, wie die Neuansiedlung vieler Juden aus Osteuropa zeigt. Auch für Deutschland und seine Menschen gibt es Vergebung. Warum blendet man das aus? Zudem sind längst Nachkriegsgenerationen herangewachsen, und Schuld ist individuell und kann nicht vererbt werden, darauf weist Gott ausdrücklich hin. Das immer erneute Hinweisen dagegen auf deutsche Greuel im 3. Reich ist zu einem probaten Mittel geworden, das deutsche Volk in einem Schuldkomplex gefangen und das schlechte Gewissen wach zu halten, wodurch es leichter politisch zu lenken ist.

Durch das neue bunte Deutschland hofft man zugleich einen neuen Menschen zu erziehen, wenn Deutschland ethnisch und religiös durchmischt wird. In diese Richtung weist auch die staatlich verordnete Gender-Erziehung in der Schule, eine gottfeindliche Ideologie, die die normale Familie zerstören soll. Mit der eigenen christlich geprägten Kultur steht man auf Kriegsfuß, sie ist zu Gunsten des Islam zurückzudrängen.

Geradezu grotesk erscheint es, wenn Gregor Gysi am 9.9.2015 im Bundestag ausgerechnet auf die Bergpredigt der Bibel hinweist, um die gegenwärtige Masseneinwanderung zu unterstüt-

zen. In Fragen der Homo-Ehe und Abtreibung schweigt man sich über die Bibel lieber aus. Tatkräftige Unterstützung für linke Positionen gewährt auch die evangelische Kirche. Die Gender-Ideologie hat man übernommen, und seit Jahrzehnten fährt man hier einen Annäherungskurs an den Islam.

Gott, der Vater Jesu Christi, und Allah im Koran seien identisch. Anschläge, Massaker und andere Greuelthaten im Namen Allahs erklärt man als Mißbrauch des eigentlich friedlichen Islam und als Einzelfälle. ...

Aktuell erklärte der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Reinhard Marx im NDR-Info-Radio am 24.9.2015, Christen müßten die heutigen Flüchtlinge schon deshalb aufnehmen, weil der neugeborene Jesus mit seinen menschlichen Eltern auch ein Flüchtling gewesen sei, nach Ägypten fliehen mußte, weil Herodes ihn umbringen wollte. Das stimmt. Dennoch ist dieser Hinweis völlig unangebracht. Denn Joseph, Maria und Jesus kehrten nach Hause zurück, als die Gefahr vorüber war. Die heutigen Flüchtlinge aber werden bleiben und sollen es wohl auch.

Starke politische Kräfte streben die Utopie einer neuen Gesellschaft an. Es soll ein multiethnisches, multikulturelles, multireligiöses Paradies sein, wo alle Gegensätze und Konflikte aufgehoben sind und immerwährender Friede einkehrt, auf der Basis von Gleichheit, Toleranz und gegenseitiger Achtung. Konservative und bibeltreue Meinungen stören hingegen, weil sie die Utopie in Frage stellen. Vor unseren Augen läuft ein gesellschaftspolitisches Großexperiment ab. Aber es wird scheitern an der Herrschaftsideologie Islam.

Von solchen Bestrebungen geht indes eine enorme Gefahr aus. Aus dem kommunistischen Großexperiment des 20. Jahrhunderts hat man anscheinend nichts gelernt, wo in der früheren Sowjetunion und im China Mao Tse-tungs die verschiedensten Völker und Kulturen vermischt und auch ein neuer Mensch geschaffen werden sollte. Das Ergebnis waren gigantische Ströme von Blut. Auch die Verhältnisse im früheren Jugoslawien und im Libanon blendet man beharrlich aus, die Christenverfolgungen in der islamischen Welt behandelt man eher am Rande. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban aber warnt:

"Die europäischen Spitzenpolitiker ... haben keine Ahnung von der tatsächlichen Gefahr, die die Einwanderer für uns bedeuten, auch nicht von der Größenordnung des Problems. Wir reden hier über zig Millionen Menschen. Der Nachschub ist endlos, aus Pakistan, Bangladesch, Mali, Äthiopien, Nigeria. Wenn wir die alle reinlassen, geht Europa zugrunde."

Da solche Stimmen die Utopie stören, überhört man sie, schließlich hält man Orban eh für einen Nationalisten, irgendwie braun angehaucht. Aber er hat recht. Tatsächlich sitzen Millionen Menschen auf gepackten Koffern. Allein 38 % der Afrikaner wollen laut Umfragen nach Europa. Wenn die alle kommen, geht Europa zugrunde. ...<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. November 2015: >>**Europa in der Flüchtlingskrise: Merkel destabilisiert Deutschland und Europa**

Angela Merkels Flüchtlingspolitik bedeutet den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik. Mit ihrem Vorgehen nimmt die Bundeskanzlerin das Ende des Westens vorweg.

"Es liegt nicht in unserer Macht, wie viele nach Deutschland kommen." In diesem lapidar klingenden Satz der Bundeskanzlerin stecken eine verblüffende Kapitulation und zugleich ein kühner Aufbruch. Er enthält den Verzicht auf die wichtigsten Gestaltungsmittel der Politik - die Kontrolle über das Staatsgebiet und das Staatsvolk. In seiner Totalität bedeutet er, daß das Deutschland, das wir kennen, vergehen wird. Und zugleich erkennt er an, was sozial bewegte Christen und linke Internationalisten schon lange voraussagen: daß sich der Widerspruch zwischen einem kleinen Teil der Welt, der friedlich und wohlhabend ist, und einem großen Teil, in dem Armut und Gewalt herrschen, nicht ewig wird aushalten lassen.

Die Frau, die immer auf Sicht gefahren ist, scheint plötzlich den ganz weiten Horizont in den

Blick zu nehmen. Ihrer Wende in der Flüchtlings- und Migrationspolitik liegt ein Geschichts-determinismus zugrunde, der von einem unaufhaltsamen Epochenwechsel ausgeht und diesen beschleunigt, wenn nicht vorwegnimmt. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2015: >>Islam - Wo der Koran Anknüpfungspunkte für Gewalt bietet

Die Muslime müssen endlich den Koran und die Tradition des Propheten kritisch in Frage stellen. Sonst ist der interreligiöse Dialog zum Scheitern verurteilt.

Kommentar von Abdel-Hakim Ourghi

Muslime sehen den Koran als das Wort Gottes an, als Maß aller Dinge, an dessen Vorschriften sie sich orientieren. Daher nimmt der Koran in ihrem Alltag den wichtigsten Platz ein. Wer auch nur ein wenig an seinem Wortlaut rüttelt, einen Teil von ihm ablehnt oder ihn gar als Menschenwerk betrachtet, gilt manchen als Häretiker. Das Leben des Propheten und dessen religiöses und politisches Handeln kritisch zu hinterfragen, scheint ebenso tabu zu sein. Das Bild eines vollkommenen Lebens ohne Sünden muß aufrechterhalten werden und dient als ewig gültiges, gottgegebenes Vorbild. ...

"Führe uns den geraden Weg", heißt es in der ersten Sure des Koran

Eine sinnstiftende Legitimation dafür sind die sogenannten Schwertsuren. In Sure 9 des Korans - etwa ein Jahr vor dem Tod des Propheten offenbart - werden die Muslime aufgefordert, gegen jene zu kämpfen, "die nicht an Gott und auch nicht an den Jüngsten Tag glauben, die das, was Gott und sein Gesandter verboten haben, nicht verbieten und nicht der wahren Religion angehören - unter den Schriftbesitzern - ..." (Vers 29).

In Vers 33 wird der Islam als wahre Religion bezeichnet. Gott werde der Gemeinde zum Sieg über alle Religionen verhelfen. Auch in der letzten offenbarten Sure 5, Vers 33, ist zu lesen: "Der Lohn derer, die gegen Gott und seinen Gesandten Krieg führen und überall im Land eifrig auf Unheil bedacht sind, soll darin bestehen, daß sie umgebracht oder gekreuzigt werden, oder daß ihnen wechselweise rechts und links Hand und Fuß abgehauen wird, oder daß sie des Landes verwiesen werden."

Aus einigen Koranpassagen geht eine "symbolische Gewalt" hervor. Symbolische Gewalt operiert dezent und alltäglich und sichert die Anerkennung von Herrschaftsordnungen. In den Teilen des Korans, die in Medina offenbart wurden, findet sich ein ganzes Sündenregister von Juden, Christen und arabischen Heiden, das letztendlich als Rechtfertigung für den bewaffneten Umgang des Propheten dient. Durch die alltägliche Rezitation dieser umstrittenen Verse legitimieren viele Muslime bis heute unbewußt diese Gewalt im religiösen Leben.

Wenn sie das tägliche Gebet praktizieren, rezitieren die Muslime jeden Tag siebzehn Mal die erste Sure des Korans, "die Eröffnende". In dieser Sure, Vers 6-7, die offenbar aus der medinensischen Epoche stammt, wird gebetet: "Führe uns den geraden Weg, den Weg derer, denen Du Gnade erwiesen hast, nicht den Weg derer, die Deinem Zorn verfallen sind und irgehen!" Die gesamte muslimische Koranexegese ist der Auffassung, daß sich der zweite Teil auf Juden und Christen bezieht. In Sure 2, Vers 120, werden sowohl Mohammed als auch die Muslime aufgefordert, Juden und Christen zu meiden.

Das Erbe von Medina

In Sure 3, Vers 85 ist zu lesen, daß keine andere Religion als Ersatz für den wahren Glauben an Gott dienen kann. Bereits in Vers 19 derselben Sure wird mit Nachdruck betont, daß der Islam die einzig wahre Religion sei. Die Umma - die Gemeinschaft der Muslime - wird sogar als die beste Gemeinschaft bezeichnet, die Gott den Menschen gestiftet habe.

Dadurch werden die Muslime in ihrem religiösen Überlegenheitsgefühl als Inhaber der absoluten Wahrheit bestärkt. Die klare Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen ist das fundamentale Denkschema der Muslime. Seine Dualität prägt das Denken auch in anderen Bereichen, dient zur Orientierung in der sozialen und religiösen Lebenswelt und bringt dem-

entsprechende Praktiken hervor. ...

Akzentuiert muß betont werden, daß der nicht reformierte Islam keine Religion des Friedens ist. Das gehört zur Redlichkeit einer islamischen Theologie und Religionspädagogik. ...

Zum Autor: Abdel-Hakim Ourghi, 47, leitet den Fachbereich Islamische Theologie und Religionspädagogik an der Pädagogischen Hochschule Freiburg.<<

Stefanie von Berg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte am 11. November 2015 vor der Hamburgischen Bürgerschaft (x354/78): >>... Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, unsere Gesellschaft wird sich ändern, unsere Stadt wird sich radikal verändern, ich bin der Auffassung, daß wir in 20, 30 Jahren gar keine ethnischen Mehrheiten mehr haben in unserer Stadt. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, gerade hier in Richtung rechts: Das ist gut so.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 6. Januar 2016: >>**So viele Flüchtlinge kamen 2015 nach Deutschland**

- Im vergangenen Jahr wurden so viele Asylanträge wie nie zuvor in Deutschland gestellt - insgesamt 476.649.

- Der mit 34 Prozent größte Anteil der Asylbewerber kommt aus Syrien.

- Die Zahl der tatsächlichen Einreisen von Schutzsuchenden liegt deutlich höher: Dem Innenministerium zufolge wurden fast 1,1 Millionen Personen registriert.

Im Jahr 2015 haben mehr als eine Million Flüchtlinge Deutschland erreicht. Bis zum 31. Dezember registrierten die Behörden genau 1.091.894 Schutzsuchende, wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Januar 2016: >>**Es muß ein Exempel statuiert werden**

Dieter Stein

Köln ist eine Zäsur. Die massenhaften sexuellen Übergriffe, die Gewalt, die nordafrikanische und arabische Männer enthemmt in Gruppen in der Silvesternacht um den Hauptbahnhof der Domstadt an fast 100 Frauen verübten, schockieren Deutschland. Und das zu Recht.

Es sind alptraumhafte, das kollektive Unbewußte aktivierende Bilder, wenn wehrlose Frauen eingekesselt, mißbraucht, entehrt und beraubt werden und sie erleben, daß ihre Gemeinschaft sie nicht zu schützen in der Lage ist. Ivan Jurcevic, Türsteher eines Lokals am Kölner Hauptbahnhof, der Zeuge der Übergriffe wurde, schilderte das Auftreten des Migrantens-Mobs: "Sie kamen mir vor wie eine richtige Armee." Was ist das für eine Nation, was sind das für Männer, die dies zulassen!

Die Auflösung der staatlichen Autorität, der Staatlichkeit Deutschlands insgesamt, die wir beschleunigt seit der Eskalation der Asylkrise Mitte vergangenen Jahres erleben müssen, bekommt durch Köln ein reales, brutales Bild. Das Staatsversagen, das die Merkel-Bundesregierung zu verantworten hat, bekommt durch Köln einen Namen.

Ein nationaler Skandal

Zum nationalen Skandal wird wiederholt das Verhalten öffentlich-rechtlicher Medien und zahlreicher etablierter Presseorgane, die mehrere Tage brauchen, um die Bürger über die Dimension der Kölner Übergriffe realistisch zu informieren. Insbesondere ARD und ZDF hätten aus Sorge darüber, daß Sachverhalte "politisch instrumentalisiert" werden könnten, die Herkunft der Täter lange unterschlagen und statt dessen "Mißtrauen gegenüber den eigenen Zuschauern" demonstriert, wie ein FAZ-Kommentar kritisiert: "Besorgte Journalisten" fühlten sich berufen, "zu verhindern, daß die Meinungsbildung beim Publikum unerwünschte Ergebnisse zeigt". Ebenso empörend sind die anfänglichen Versuche der Kölner Polizeiführung, die Vorfälle klein zu reden oder zu vertuschen.

Ein Schlag ins Gesicht der weiblichen Kölner Opfer ist als Konsequenz auf die Sexualübergriffe die Empfehlung der Oberbürgermeisterin Reker, Frauen sollten bei künftigen Großveranstaltungen wie dem kommenden Karneval ihr Verhalten ändern: Sie sollten Fremde "eine

Armlänge" auf Abstand halten, um Angriffe zu verhindern. Besser kann die staatliche Handlungsunfähigkeit und das Versagen der Politik nicht bloßgestellt werden.

Erosion des Rechtsstaates

Es ist überfällig, seit Köln zwingend, daß unser Staat endlich demonstrativ Härte zeigt. Die Regierung muß Polizei und Justiz ermächtigen - notfalls durch Gesetzesänderungen im Eilverfahren, Recht und Ordnung im gesamten öffentlichen Raum mit eiserner Entschlossenheit durchzusetzen. Hierzu müssen die Samthandschuhe ausgezogen und die staatliche Autorität wiederhergestellt werden.

Schon viel zu lange erleben wir die Erosion des Rechtsstaates, der Autoritäten - ein Ergebnis der Achtundsechziger-Kulturrevolution, die dem allgemeinen Laissez-faire den Boden bereitet hat. Junge Männer, wie sie am Kölner Hauptbahnhof aufgetreten sind, müssen die Härte eines Staates spüren, der das Gewaltmonopol in diesem Land beansprucht.

Ein Satz von Ernst Jünger aus dem Jahr 1948 hat auf schockierende Weise angesichts der Auflösung staatlicher Grenzen und Autorität Aktualität gewonnen: "Wo der Liberalismus seine äußersten Grenzen erreicht, schließt er den Mördern die Tür auf. Das ist ein Gesetz."

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen

Es müssen öffentlichkeitswirksame Exempel statuiert werden: Übergriffe dieser Art münden darin, daß Gesetzesbrecher ihr Aufenthaltsrecht in diesem Land augenblicklich verwirken. Wenn das Asylrecht dieser Möglichkeit entgegenstehen sollte (was Juristen bestreiten), straffällig gewordene Asylanten und Ausländer mit Duldungsstatus umgehend und zur Abschreckung innerhalb weniger Stunden oder Tage abzuschieben, dann muß es eben geändert werden. Hierzu fehlt allein der politische Wille.

Die meisten klassischen Einwandererstaaten handeln mit konsequenter, entschlossener Härte, wenn Ausländer auch nur die kleinste Straftat begehen: Wer nicht bereit ist, sich einzufügen, hat hier nichts verloren und keine Zukunft. Schon bei der ersten Gesetzesübertretung muß die Konsequenz heißen: Ausreise.

Wann endlich handelt diese Regierung?

Es ist nicht mehr zu fassen, weshalb öffentliche Plätze unter den Augen der Polizei zum Tummelplatz ausländischer Drogenhändler, Taschendiebe und Autoknacker werden wie der Kölner Hauptbahnhof oder beispielsweise der Görlitzer Park in Berlin. Wenn es nicht hilft, muß die Eingriffsschwelle für die Polizei so lange gesenkt werden, daß selbst bei kleinsten Verhaltensauffälligkeiten ein Zugriff möglich ist, bis das Recht wiederhergestellt ist und das Auftreten der Ordnungsmacht respektiert wird. Anders wird auch langfristig jede notwendige Integration von Ausländern scheitern.

Doch wann endlich handelt diese Regierung? Die Operationspläne für die Bundespolizei für die Wiederherstellung der Rechtsordnung an unseren Außengrenzen liegen auf dem Tisch. Sie könnten innerhalb von 24 Stunden umgesetzt werden. Doch Merkel handelt nicht!

Die Bundespolizei kann Bahnhöfe und Bürger nicht schützen, weil seit Monaten ihre Kräfte gebunden sind mit der Begleitung eines irrwitzigen Asylantenstroms, der auf Weisung der Bundesregierung unter Bruch geltenden Rechts mit Hilfe staatlicher Organe über die Grenzen geschleust wird!

An der Schwelle zu einem Bürgerkrieg

Die Bundesregierung muß endlich die Grenzen schließen und damit die Handlungsfähigkeit nach außen und innen wiederherstellen. Zwischen der Kapitulation an der Grenze und dem Zusammenbruch der Ordnung am Kölner Hauptbahnhof besteht ein direkter Zusammenhang.

Wir stehen an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg, wenn die staatlichen Organe die eigenen Bürger nicht mehr schützen können, schützen wollen oder schützen dürfen. Wo sich der Staat zurückzieht, übernehmen Clans und Mafia das Kommando, dann regiert das Faustrecht. Die Schwachen - siehe Köln - geraten als erstes unter die Räder.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 20. Januar 2016 (x893/...): >>Der Islam gehört nicht zu Deutschland, da er den Grundrechten widerspricht

Der Islam, Deutschland und das Grundgesetz

Nicht erst seit den Kölner Vorfällen bestehen Zweifel, ob sich Menschen aus dem islamischen Kulturkreis in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung integrieren lassen - oder das überhaupt wollen. Selbst liberal geltende Islam-Verbände verstecken ihre Vorbehalte gegenüber Grundgesetz und Menschenrechten in wohlklingenden Formeln - eine Form der islamisch erlaubten Taqyya-Täuschung. Aus diesem Grunde wäre es politisch verantwortungslos, den Islam-Verbänden einen staatsrechtlichen Status im Sinne von Artikel 7 GG zu geben.

Zwischen der SPD und der Partei der Grünen wurde kürzlich ein Dissens deutlich zu der Frage, wie die staatsrechtliche Stellung der muslimischen Verbände einzuschätzen sei. Justizminister Heiko Maas sprach sich dafür aus, die muslimischen Verbände bald als Körperschaften öffentlichen Rechts anzuerkennen.

Der Grünen-Parteivorsitzende Cem Özdemir nannte solche Pläne abenteuerlich. Er möchte die bestehenden Islam-Verbände nicht als Religionsgemeinschaften im Sinne von Artikel 7 des Grundgesetzes aufwerten. ...

Menschenrechte sind von Natur aus gegeben und damit unveräußerlich ...

Die europäischen Menschenrechte sind im 17. Jahrhundert auf der Basis der christlich inspirierten Naturrechtslehre formuliert worden. Das heißt, die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, auf Freiheit und rechtliche Gleichbehandlung sowie Schutz des Eigentums gelten von Natur aus oder vom ersten Schöpfungstage an. Sie gelten als angeboren und das heißt: von niemandem gewährt. Sie können deshalb auch nicht entzogen werden. Das wird mit den Attributen unverletzlich, unveräußerlich ausgedrückt. Da die Menschenrechte vorstaatlichen Charakter haben, steht der Staat in der Pflicht, sie zu gewährleisten.

... Islamische Rechte werden von Allah gewährt - und entzogen

Die koranbasierten Individualrechte dagegen werden als von Gott kommend behauptet. Sie werden ausdrücklich als gewährte Rechte eingestuft, die logischerweise auch wieder entzogen werden können. Insofern sind sie überhaupt keine einklagbaren Rechte, sondern Gaben oder Geschenke von Allah. Als solche werden die sogenannten islamischen Menschenrechte der Kairoer Erklärung von 1990 auch formuliert - z.B.: *Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Deshalb ist es verboten, einen Menschen zu töten, außer wenn es die Scharia verlangt.*

Grundsätzlich werden alle islamischen Menschenrechte unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Die im Koran verankerten vermeintlichen Individualrechte, in Wirklichkeit gegebene - *positive* - islamische Gesetze, stehen also im eklatanten Widerspruch zu den westlichen Menschenrechten. Das ist der Grund, warum die muslimischen Verbände keine vorbehaltlose Anerkennung zu den Grundrechten unserer Verfassung abgeben. ...

Leserbrief an die Frankfurter Allgemeine Zeitung

... Er wurde abgedruckt in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 28. Dezember 2015

... Millionen einwandernde Muslime kommen nach Europa mit Identitätsvorgaben, die mit den Grundprinzipien der westlichen Welt und ihren nationalen Identitäten nicht vereinbar sind.

Wie sollen diese Migranten in unsere politische Kultur integriert werden, wenn schon die seit Jahrzehnten angeblich "integrierten" Muslime die westlichen Menschenrechtsgrundsätze nicht akzeptieren?

In der Islamischen Charta, 2002 vom Zentralrat der Muslime in Deutschland verabschiedet, wird im Artikel 13 behauptet, die "im Koran verankerten, von Gott gewährten Individualrechte" seien von gleicher Art wie die "westlichen Menschenrechtserklärungen". Doch die von Natur aus oder von Geburt an bestehenden Menschenrechte werden von niemandem "ge-

währt" und können deshalb auch nicht entzogen werden.

Als "unverletzliche" vorstaatliche Rechte hat der Staat sie zu "gewährleisten". Was dagegen - koranbasiert - von Gott gewährt wird, sind überhaupt keine einklagbaren Rechte, allenfalls Gaben und Geschenke.

Als solche werden diese sogenannten Individualrechte auch in der Kairoer Erklärung der islamischen Länder von 1990 bezeichnet - und unter den Scharia-Vorbehalt gestellt. Somit wird klar, dass selbst die deutschen Muslim-Verbände nicht die westlichen Grund- und Menschenrechte vorbehaltlos akzeptieren und anerkennen wollen. Wie soll es dann "geschafft" werden, Millionen muslimische Einwanderer in unsere grundgesetzliche Leitkultur zu integrieren? ...<<

"ZEIT ONLINE" berichtete am 1. Februar 2016 über die Flüchtlingskrise: >>**Flüchtlinge kosten Deutschland 50 Milliarden Euro**

Das Institut der deutschen Wirtschaft prognostiziert wegen der Flüchtlingskrise hohe Kosten für 2016 und 2017. Vor allem Unterkunft und Verpflegung seien teuer.

Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Flüchtlinge werden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 knapp 50 Milliarden Euro kosten.

Im laufenden Jahr fielen für Unterbringung und Verpflegung von rund 1,5 Millionen Asylbewerbern 17 Milliarden Euro an, berichtete die *Rheinische Post* unter Berufung auf eine IW-Studie. Hinzu kämen weitere fünf Milliarden Euro für Sprach- und Integrationskurse.

Im kommenden Jahr erhöhen sich die Unterbringungskosten dem Bericht zufolge auf 22,6 Milliarden Euro, wenn die Zahl der Migranten auf 2,2 Millionen steigt. Zusammen mit den Integrationskosten fielen 27,6 Milliarden Euro im Jahr 2017 an, zitierte das Blatt aus der Prognose des arbeitgebernahen Instituts.

Werden die Prognosen Realität, müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach Ansicht des IW spätestens 2017 wieder neue Kredite aufnehmen. Zwar könne Schäuble in diesem Jahr auf eine Zwölf-Milliarden-Euro-Rücklage aus dem vergangenen Jahr zurückgreifen, allerdings handele es sich dabei um einen Einmaleffekt.

Herausforderung für den Arbeitsmarkt

Die Bundesagentur für Arbeit geht derweil davon aus, daß die Eingliederung von Flüchtlingen in den deutschen Arbeitsmarkt ein langwieriger Prozeß sein wird. "Wir sollten nicht zu hohe Erwartungen haben", sagte das neue BA-Vorstandsmitglied Detlef Scheele der *Süddeutschen Zeitung*. "Wenn es gut läuft, werden im ersten Jahr nach der Einreise vielleicht zehn Prozent eine Arbeit haben, nach fünf Jahren ist es die Hälfte, nach 15 Jahren 70 Prozent."

Die Bundesagentur für Arbeit kalkuliert nach Scheeles Angaben 2016 mit 350.000 Flüchtlingen, die auf die staatliche Grundsicherung, also Hartz IV, angewiesen sein werden. Die Kinder, die jetzt hier in die Schule kämen, hätten gute Perspektiven, die Fachkräfte von übermorgen zu werden. "Wer unter 35 ist, hat gute Chancen, sich für eine Arbeit zu qualifizieren. Für Menschen, die deutlich über 40 sind, wird es schwierig", sagte Scheele.<<

Die deutsch-französische Analystin Florence Gaub berichtete am 22. Februar 2016 in der deutschen Internetzeitung "IPG-Journal" (x899/...): >>**Was den "Islamischen Staat" zur Sekte macht**

... Immer wieder betonen Politiker wie der amerikanische Präsident Barack Obama und sein Außenminister John Kerry, dass der "Islamische Staat" eine Sekte sei. Aber sie sagen nicht, warum und was dies bedeutet - für den Verfassungsschutz, die betroffenen Familien und natürlich auch für jene, die sich ihm anschließen. Denn was Sekten so gefährlich macht, ist nicht unbedingt ihre Weltanschauung, sondern die Art und Weise wie sie ihre Mitglieder rekrutieren, behandeln und einsetzen.

Religionen und Sekten unterscheiden sich nicht in der Theologie - nicht umsonst ähneln sich

die Rhetorik des IS und der saudischen Kleriker -, sondern in der Gestaltung der Beziehung zu ihren Mitgliedern. Während Religionen ein Mindestmaß an Diskussion und Interpretation zulassen, legt in Sekten einzig die Führungsriege die allgemeingültige spirituelle Wahrheit fest. Während Religionen einen Verstoß gegen die Grundsätze nicht oder nur milde bestrafen, werden in Sekten brutale Strafen verhängt und vollzogen.

Der Austritt aus einer Religionsgemeinschaft wird zwar nicht gern gesehen, ist jedoch möglich. Bei Sekten kann der Austrittswunsch zu Verfolgung und Tod führen. Wenngleich der Islam die Todesstrafe für Apostasie vorschreibt, wird dies in den wenigsten muslimischen Staaten auch umgesetzt; in den letzten 20 Jahren sind nur zwei Muslime hierfür hingerichtet worden, 1994 im Iran und 2014 im Sudan.

Der Grund für all diese Maßnahmen ist simpel: Während Religionen das Wohlergehen der Gläubigen zum Ziel haben, streben Sekten autoritäre Systeme an, in denen sie die totale Kontrolle über die Mitglieder haben. Zu diesem Zweck versuchen sie, ihre Mitglieder so weit wie möglich von deren ursprünglichem sozialen Umfeld zu isolieren und diese Bindungen durch Kontakte mit der Sekte zu ersetzen. Die Sekte gibt dem Leben Struktur und Sicherheit, macht es durch klare Regeln vorhersehbar. Die Sekte vermittelt dem Mitglied ein Wir-Gefühl und gibt seinem Leben einen Sinn. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 6. April 2016: >>**Soros und die Menschenschlepper**

In einem Interview benannte der ungarische Premier (Viktor Orban) die treibenden Kräfte hinter der Flüchtlingsinvasion: Ein internationales Netzwerk aus Aktivisten, Ideologen und Geschäftemachern betreibt die Zerstörung der europäischen Nationalstaaten.

Schauen Sie es sich an, nicht nur die Völker Europas sind dabei, zu erwachen, sondern jetzt formulieren auch schon immer mehr Regierungen, daß die Grenze keine schlechte Sache ist, sie dürfe aber nicht offen sein, die Grenze müsse kontrolliert werden. Und es taucht auch eine andere Frage auf - im Laufe der Zeit erhält sie ein immer größeres Gewicht:

Wer hat die Führer Europas oder einige seiner Führer dazu ermächtigt, solch eine Politik zu betreiben? Wann ist das geschehen und wer hat es getan? Dies ist ein demokratischer Kontinent, wann hat man und wer hat darüber abgestimmt, daß hierher illegal millionenfach Menschen von außerhalb unseres Gebiets hereingelassen und diese dann verteilt werden? Wo haben wir hierüber entschieden? Weder im Rahmen nationaler Parlamentswahlen ist solch eine Entscheidung gefällt worden, noch ging es bei den Wahlen zum Europäischen Parlament um solch eine Frage.

Das, was heute geschieht, entbehrt der demokratischen Grundlage. Mag sein, daß es liberal ist - wie das in Brüssel viele glauben -, doch es ist keinesfalls demokratisch. Man kann die Meinung der Menschen nicht negieren, sie außer Acht lassen, man muß sie zu einem gewissen Maße - natürlich am besten so stark wie möglich -, man muß die Meinung der Menschen in die politische Entscheidungsfindung einbauen. Es gibt keine europäische Politik ohne den Respekt für die Meinung der Bürger in den Mitgliedstaaten. Heute geschieht dies aber, und hieraus können auch eine innere Spannung und eine Krise der Demokratie in Europa entstehen, was wir vermeiden sollten.

Sturz in die Anarchie

Und es gibt noch eine Erscheinung, die man ansprechen muß, denn schließlich: Worauf war unser Kontinent stolz? Selbstverständlich war er stolz auf seine wissenschaftlichen Entdeckungen, auf seine Hochkultur, stolz auf seinen Wohlstand. Wenn auch im Weltmaßstab im Wettbewerb die von unserer Wirtschaft eingenommene Position schwächer wird, so sind wir immer noch der Kontinent in der Welt, auf dem es sich am besten leben läßt. Es gibt einiges, auf das wir stolz sein können, doch worauf wir am meisten stolz waren, war, daß man hier frei sprechen konnte, daß hier Gedanken-, Meinungsfreiheit und die Freiheit der Rede

herrschen. Jetzt schauen Sie sich nur an, wohin wir gekommen sind.

Das Wort "Zaun" kann man nicht mehr aussprechen. Nicht, weil der österreichische Bundeskanzler dieses Wort nicht kennt oder seine Lautbildungsorgane auf einmal gelähmt wären! Sondern es hat sich in Europa ein Meinungsklima, ein Hauptstrom, ein solcher Druck herausgebildet, eine derartige Meinungsunterdrückung, daß die Politiker es gar nicht wagen, im Zeichen einer anderen Konzeption, eines anderen Gedankenganges das Wort zu ergreifen. Grenze, Zaun, Kontrolle, Nationalstaat - dies sind heute in Europa für die gewählten führenden Politiker gefährliche Ausdrücke. Nun, so weit sind wir gekommen...

Gier und Ideologie

Heute bewegen meiner Ansicht nach zwei Dinge den Flüchtlingsstrom, diese Migrantenfut, diese Invasion. Das eine ist das Business, das Geschäft. Heute ist also der größte Auftrieb nicht der Krieg und nicht das Elend und die Unsicherheit, denn sie kommen gar nicht mehr aus einer Kriegsregion. Aus der Kriegsregion sind die Menschen schon in Flüchtlingslager gegangen, wo sie heute in keiner unmittelbaren Lebensgefahr mehr sind. Es strömen also Menschen, die in keiner unmittelbaren Lebensgefahr sind, nach Europa hinein, und dies ist deshalb so, weil die Menschenschlepper ein Schleppernetz aufgebaut haben, das mehrere zehntausend Menschen beschäftigt.

In Deutschland sind auch Schätzungen über die Größenordnung der Summe veröffentlicht worden, die im Laufe eines Jahres auf der ganzen Welt und auch gesondert in Europa bewegt wird. Dies ist eine riesige Summe, und heute ist dies das Geschäft, so wie wir dies auch auf zahlreichen anderen Gebieten der Welt, das heißt auf anderen Gebieten des Lebens, sehen: Das Geschäft und das Geld bewegen diesen Strom. Die Menschen werden geradezu angeworben, damit sie kommen.

Und die zweite Sache sind die Aktivisten. Es gibt eine Denkweise in Amerika und in Europa, im Westen, sie verfügt über ein ausgebautes Netz von Aktivisten. György (George) Soros - nur damit auch wir Ungarn erwähnt werden - steckt da mit drin, sein Name symbolisiert vielleicht am stärksten jene, die alles unterstützen, was die Nationalstaaten schwächt, alles unterstützen, was die gewöhnliche europäische Lebensweise verändert, von den Fragen der Lebensweise bis hin zur Einwanderung.

Diese Aktivisten, die den Einwanderern helfen, werden im Grunde unwillentlich Teil dieses internationalen Menschenschleppernetzwerkes. Diese beiden Dinge schieben die Menschenmassen hoch nach Europa, während in Brüssel Menschen sitzen, die vorerst ratlos sind, Papiere fabrizieren und keine Entscheidungen fällen, und unter denen sich im Übrigen ebenfalls sehr viele Menschen befinden, die wie diese Aktivisten denken.

Nicht aus dem Blickwinkel der nationalen Verantwortung, der Verantwortung gegenüber der eigenen Nation, der Verantwortung für die kulturelle Identität Europas betrachten sie diesen Prozeß, sondern ganz anders: in einer abstrakten Menschenrechtsdenkweise. Die hat ihre eigenen Theorien, diese sind niedergeschrieben und veröffentlicht worden. Worüber ich spreche, ist keine Wahnidee, sondern ein publizierter, niedergeschriebener Gedanke, von sehr ernsthaften, sehr hochgeschätzten europäischen linken Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern.

Von dem aus gesehen ist das, was jetzt geschieht, diese Einwanderungsflut, keine schlechte Sache, sondern eine gute Sache, die ihnen dabei hilft, daß ein von ihnen erdachtes Europa entsteht. Wir verstehen dies nicht, denn es steht im Gegensatz zur Vernunft, wir denken ganz anders. Es ist schwer, einem ungarischen Menschen zu erklären, was jetzt geschieht: daß von außen, durch eine Invasion, gegen unseren Willen die kulturelle Identität unseres Kontinents und unserer Heimat verändert wird. Was ist gut daran? Wir verstehen das nicht, aber es gibt Menschen, die davon leben, hierüber Theorien herzustellen, Bücher zu schreiben, Aktivisten auszubilden und diese dann in den verschiedenen Teilen der Welt zu stationieren und sie im

Zeichen dieses Gedankens und dieses Geistes wirken zu lassen. Dies ist heute ein Bestandteil der modernen Welt.<<

Die Züricher Tageszeitung "Tages-Anzeiger" berichtete am 16. April 2016: >>**Ausgerechnet ein Gedicht wurde Erdogan zum Verhängnis**

Der heutige türkische Präsident wurde 1999 ins Gefängnis gesteckt, weil er ein religiöses Gedicht vorgetragen hatte.

Der Fall sorgt für Wirbel: Recep Tayyip Erdogan verklagt den Satiriker Jan Böhmermann wegen dessen "Schmähgedicht" im deutschen Fernsehen. Der heutige türkische Präsident saß einst selbst wegen eines Gedichts vier Monate im Gefängnis, wie der "Telegraph" in einem Porträt über Erdogan schreibt.

"Moscheen sind unsere Kasernen"

Im Jahr 1997 - damals als Bürgermeister von Istanbul - hatte Erdogan an einer Demonstration vier Zeilen des islamischen Dichters Ziya Gökalp vorgetragen. Darin heißt es:

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Kuppeln unsere Helme, die Minarette unsere Bajonette und die Gläubigen unsere Soldaten."

Das Staatssicherheitsgericht verurteilte ihn daraufhin zu zehn Monaten Gefängnis wegen "religiöser Volksverhetzung". Demnach hatte Erdogan gegen die säkulare Staatsordnung, also die Trennung von Staat und Religion, verstoßen. Die Richter sahen in Erdogan die Speerspitze einer radikalen, islamischen Bewegung in der türkischen Politik. Er saß die Strafe von März bis Juli 1999 ab und mußte als Bürgermeister von Istanbul zurücktreten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. April 2016 (x887/...):

>>Gemetzel statt Grundgesetz

Der Islam sei verfassungsfeindlich, behauptet die AfD - Staatsrechtler und Religionswissenschaftler stimmen zu

Das Grundgesetz nimmt die Religionen in Schutz, aber wer schützt eigentlich das Grundgesetz vor der Religion? Als göttlich legitimes Rechtssystem mit totalitärem Ansatz, als hochpolitische Glaubensrichtung mit Weltherrschaftsanspruch tritt der Islam auf. Mit dem Grundgesetz vereinbar ist er in dieser Form ebensowenig wie Kommunismus oder Faschismus. ...

Wie aber paßt der Islam ins hochgepriesene Rechtsgefüge? Die Antwort erscheint einfach. Artikel 4 des Grundgesetzes sichert die Religionsfreiheit: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich", heißt es dort und im nächsten Satz: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet."

Was ein Mensch glaubt oder nicht glaubt, ist also ganz allein seine eigene Angelegenheit. Der Staat hat sich nicht darin einzumischen. Mehr noch: Er muß die Entscheidung für oder gegen eine Glaubensrichtung sogar schützen. Ohne Religionsfreiheit gibt es keine wahre Freiheit.

Was aber, wenn ein Mensch nicht nur glaubt, sondern auch gemäß seinem Glauben lebt, und wenn ihm dann eine göttliche Offenbarung Dinge vorschreibt, die im krassen Widerspruch zum Grundgesetz stehen?

Im Islam ist genau dies der Fall. Die Gewalt gegen Andersdenkende beispielsweise gehört zu den Grundlagen dieser Religion. "Als die schlimmsten Tiere gelten bei Allah diejenigen, die ungläubig sind und nicht glauben werden", heißt es in Sure 8, Vers 55. Darüber, wie mit diesen abscheulichen Geschöpfen umzugehen ist, läßt der Koran keine Zweifel. In Sure 9, Vers 5 ist zu lesen: "Und wenn die heiligen Monate abgelaufen sind, dann tötet die Ungläubigen, wo ihr sie findet, greift sie, umzingelt sie und lauert ihnen auf!" An anderer Stelle ist von "Kopfabschlagen" und "Gemetzel" die Rede.

Gewalt ist auch in der Ehe ein probates Mittel. "Die Männer stehen über den Frauen, und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und

schlägt sie", empfiehlt Sure 4, Vers 34.

Daß Männer und Frauen gleichberechtigt seien, wie es Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes vorsieht, muß in den Ohren eines korangläubigen Moslems so fremdartig wie das Urbi et orbi des Papstes zu Ostern klingen. Bei Zeugenaussagen vor Gericht etwa gilt das Wort eines Mannes so viel wie das zweier Frauen.

Auf westliche Leser wirken solche Feststellungen barbarisch und wie aus der Zeit gefallen. Für gläubige Moslems dagegen sind sie Gottes Wort und nicht verhandelbar. Wer daran etwas ändern will, wird in ihren Augen zum Murtad, zum Verräter und Abtrünnigen. Dafür sieht die geltende islamische Rechtsauslegung auch heute noch die Todesstrafe vor. Nicht umsonst stehen prominente Vertreter eines gemäßigten, westlich orientierten Islam unter Polizeischutz, etwa Mouhanad Khorchide, der bekannte aus Palästina stammende Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster. ...

Als Professor Ruud Koopmanns vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung vor einigen Jahren 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Hintergrund in sechs europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, nach ihren religiösen Einstellungen befragte, stieß er auf Ansichten, die ebenso aus der Zeit gefallen zu sein schienen wie die Suren des Koran.

Fast die Hälfte der Befragten befand, daß es nur eine gültige Auslegung des heiligen Buches geben könne, daß die Muslime zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollten und daß religiöse Gesetze über weltlichen stünden - also selbstredend auch über dem Grundgesetz.

In welcher Dimension Islam und westliche Wertevorstellungen miteinander kollidieren, zeigt auch der Blick über Europas Grenzen hinaus. 1990 trafen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische Zusammenarbeit, um in Kairo über das Thema Menschenrechte zu debattieren.

In der OCI haben sich alle 56 Staaten zusammengeschlossen, in denen der Islam Staatsreligion oder Glauben einer bedeutenden Bevölkerungsgruppe ist. Länder wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien, aber auch Albanien gehören dazu. 45 OCI-Außenminister unterzeichneten in Kairo schließlich eine Erklärung, die den westeuropäischen Menschenrechtsbegriff, wie er etwa in Artikel 1, Absatz 2 des Grundgesetzes festgelegt ist, geradezu pervertiert. Die Scharia, das religiöse Gesetzeswerk des Islam, wird zur alleinigen Grundlage der Menschenrechte erklärt. Das heißt "Ja" zur freien Meinungsäußerung - außer man wagt es, Gott zu lästern, dann droht die Todesstrafe. Das heißt "Nein" zur Folter, außer man begeht Ehebruch, dann sind Peitschenhiebe fällig.

Im deutschen Grundgesetz aber wird weder zur Peitsche noch zum Schwert gegriffen. Kein Gesetzesbrecher muß um seine Hände, Füße oder den Kopf fürchten. Wer die Scharia befürwortet, wer den Koran als unmittelbares Gotteswort versteht, wer "Ungläubige" für Tiere hält, steht daher nicht auf dem Boden der deutschen Verfassung, auch wenn er in Berlin-Kreuzberg, Duisburg-Marxloh oder Hamburg-Wilhelmsburg seit Jahrzehnten wohnt, arbeitet und betet. Der Berliner Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider: "Der Islam ist in allen seinen Formen nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar."<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 15. August 2016: >>"Der Islam ist nicht mehr Weltreligion, sondern Sekte"

Der Islam ist nach dem Christentum die zweitgrößte Weltreligion. Die meisten der 1,6 Milliarden Anhänger leben in Asien - mehr als 200 Millionen in Indonesien.

Der moderne Islam büßt seine Seele ein. Er könnte sich mit Demokratie und Humanismus versöhnen, so Autor Zafer Senocak.

Senocak warnt Deutschland davor, eine Gesellschaft am Reißbrett konstruieren zu wollen, ohne die Menschen mitzunehmen.

Die Religion in der Hand demagogischer Politiker sei fast genauso gefährlich wie die Atom-

bombe. ...

Die Welt: In unserer Gesellschaft verlieren die christlichen Kirchen Mitglieder. Und wir sehen auf der anderen Seite die Vehemenz muslimischer Artikulation. Sind wir etwa unterschwellig neidisch?

Senocak: Neidisch vielleicht nicht. Dazu ist das Bild, das die Muslime abgeben, einfach zu erbärmlich. Aber die Frömmigkeit erinnert uns natürlich an die spirituelle Dimension unserer Existenz. Es gibt auch Spiritualität jenseits der Kunsttempel und jenseits des Fußballstadions. Aber eine Spiritualität, die ihre Nähe zur Kunst und Ästhetik leugnet, wird oft zu einer kranken, barbarischen Angelegenheit. Glauben ist keine Suche mehr, sondern Rechthaberei.

Die Welt: Islam und Islamismus erleben wir einzig als Bedrohung und terroristische Gefahr, auch wenn die Kirchen immer wieder in toleranter Großzügigkeit die Gleichwertigkeit dieser Weltreligion betonen. Ist das negative Sentiment aber nicht zwangsläufig, wenn man auf all die autoritären und gewalttätigen Strukturen in muslimischen Gesellschaften schaut?

Senocak: Der Islam ist zur Geisel in der Modernitätskrise geworden. Er ist anders als die beiden anderen monotheistischen Religionen Christentum und Judentum gedanklich, geistig sehr schlecht aufgestellt, um reale Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu geben. Er hat die Neugierde, die das Auge der Wahrheit ist, getötet. Da fällt es leichter, mit vergangenen Zeiten zu kommunizieren und zu Mitteln der Gewalt zu greifen. Außerdem ist diese Religion inzwischen Kanonenfutter der Geopolitik geworden. ...

Die Welt: Es gibt keinen CS, keinen "Christlichen Staat", der weltweit religiös motivierte Verbrechen begeht. Woher rührt der Wahn des IS und wie kann man andere Religionen als "Ungläubige" bezeichnen?

Senocak: Man muß zum Dreißigjährigen Krieg zurück, um das alles aus unserer westlichen Perspektive aus zu verstehen. Die Dschihadisten bekämpfen ja nicht nur den Westen, sondern auch andere Muslime, die in ihren Augen Ketzer sind. Hier sieht man, was für ein Segen Säkularisierung und Aufklärung sind. Es gibt zu ihnen keine Alternative. Die Religion in der Hand demagogischer Politiker ist in nicht aufgeklärten Gesellschaften fast genauso gefährlich wie die Atombombe. ...

Die Welt: Braucht eine Gesellschaft überhaupt Religion? Reicht der Humanismus nicht?

Senocak: Religiöser Glaube ist einfach da. So wie Luft und Wasser da sind. Ich habe damit kein Problem. Er wird zum Problem, wenn er zum Herrschaftsinstrument wird, das niemals zu kontrollieren ist. Religiöser Faschismus ist nicht nur irrational, er schließt auch jeglichen Kontrollmechanismus aus. ...

Die Welt: Ihr Vater ging am Ende seines Lebens nicht mehr in die Moschee zum Beten.

Senocak: Mein Vater war, er verstarb 2010, sehr vereinsamt. In der Tat ging er in den letzten zwanzig Jahren seines Lebens nicht mehr in die Moschee. Aber er verrichtete seine Gebete. Die Moscheen waren für ihn zu einem Hort des Zwists unter den Muslimen geworden, zu einer Bühne für politische Intrigen. Ich verstehe heute, wo fast überall auf der Welt Muslime einander verfolgen, und irrsinnig gewordene Attentäter mit Allahu-Akbar-Rufen morden und brandschatzen, sehr gut, was er gemeint hat. ... Man kann sagen, dass der Islam keine Weltreligion mehr ist, sondern er hat Züge einer Sekte angenommen. ...

Die Welt: Kann man Aufklärung nachholen? Könnte der Islam aufholen?

Senocak: Der Islam muß nichts aufholen. Er ist eine Offenbarungsreligion, verkündet im siebenten Jahrhundert nach Christus. Es liegt an den Muslimen, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Sie müssen endlich anfangen, Fragen zu stellen, die den Menschen heute und hier dienen.

Die Welt: Warum nehmen viele Muslime nicht die freiheitlichen Angebote unserer Gesellschaft an? In Europa können sie doch frei denken. Warum lassen sie sich von einer fremden Religionsbehörde wie der Ditib anleiten? Deren Sprache, sagen Sie, "gleicht dem Morseal-

phabet auf einem sinkenden Schiff".

Senocak: Ich hoffe, dass dies zunehmend geschehen wird. Es gibt ja Versuche an deutschen Universitäten, Lehrer und Imame auszubilden. Das ist unbedingt erforderlich. Aber das ist nicht nur eine deutsche oder türkische Angelegenheit. Das ist inzwischen eine internationale Frage, die in Paris genauso viel zählt wie in Mogadischu.

Das Verhältnis des Islam und der Islamgläubigen zur Moderne, zu den Fragen unserer Gegenwart kann nur in einem Kollegium der Gelehrten geklärt und weiterentwickelt werden. Das ist eine Generationenaufgabe. Es garantiert keinen Erfolg. Aber es könnte helfen, die Gewalttäter weiter zu isolieren und auch dubiose, konspirative Figuren wie Gülen oder politische Irläufer wie Erdogan, die eine Instrumentalisierung der Religion vorantreiben wollen, zu ächten. ...

Zafer Senocak wurde 1961 in Ankara geboren. Er wuchs in Istanbul und München auf und lebt seit 1989 in Berlin. Er ist Lyriker, Essayist und Romanautor und arbeitet in deutscher und türkischer Sprache. ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/...): >>Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören

Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes Luxemburg hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.

"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechnete Boote und Schiffe versenken.

Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.

Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum über die Aufnahme von Einwanderern dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.

Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.

Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.

Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."

Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudäm-

men.

Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister ...: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.

Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<